

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 30 (1950-1951)
Heft: 2

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Lage

Schneller als man es nach den Umständen vermuten konnte, ist nun die Frage, was mit Westeuropa in zwei Jahren, also nach dem Abschluß der für die Marshall-Hilfe vorgesehenen Periode, geschehen soll, zur Diskussion gestellt worden. Es scheint darüber bereits ein Plan der französischen Diplomatie vorzuliegen, welcher durch Ministerpräsident Bidault der Öffentlichkeit, wenigstens in Umrissen, vorgelegt worden ist. Der Plan sieht in zusammengefaßter Darstellung die Schaffung eines

«atlantischen Friedensrates»

vor und es soll dadurch der bereits bestehende Atlantikpakt nach der wirtschaftlichen Seite hin erweitert werden, während er bis jetzt ausschließlich eine militärische Koordination vorsah. Nun ist es wohl nicht zufällig, daß ein ähnlicher Gedanke ungefähr zum gleichen Zeitpunkt auch bei der letzten Konferenz der Verteidigungsminister der Westunion zum Ausdruck gekommen ist. Dort scheint man einerseits zwar mit den Plänen zur militärischen Koordination schon ordentlich weit gediehen, aber andererseits besteht eine offensichtlich immer größer werdende Lücke bei der Finanzierung, und es ist deshalb bei der Konferenz in ziemlich unmißverständlicher Weise zum Ausdruck gebracht worden, daß man eine amerikanische Interessenahme nach dieser Richtung sehr begrüßen würde, weil nämlich durch die militärische Wiederaufrüstung das wenigstens teilweise erreichte wirtschaftliche Gleichgewicht wieder in Frage gestellt werden könnte. Es wird also überall die gleiche Glocke geläutet.

Wie wird man sich nun wohl amerikanischerseits zu solchen Winken einstellen? Darüber sind vorerst nur Mutmaßungen möglich, aber diese weisen doch ziemlich eindeutig in einer bestimmten Richtung. So wird man jedenfalls davon ausgehen können, daß der Einsatz amerikanischer Hilfe über das bis jetzt festgelegte Maß hinaus nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen vorgenommen werden wird. Die wichtigste dieser Voraussetzungen hat eben erst John Foster Dulles anlässlich seiner Berufung als weiterer republikanischer Berater im Staatsdepartement formuliert, indem er sagte, Amerika sei zu weiterer Hilfe an den europäischen Westen nur dann bereit, wenn dieser sich nun endlich zu der schon viel berufenen

«Integration»

entschließen könne, d. h. also: es muß vorher der entscheidende Schritt zu einer europäischen Einigung wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiete getan sein. Man wird sich darüber klar sein müssen, daß es sich bei der Statuierung dieser Vor-

aussetzung wirklich um eine ernstzunehmende Sache handelt, denn nach allen vorliegenden Informationen hat sich die Stimmung in den Vereinigten Staaten sehr stark nach dieser Richtung intensiviert, was nach den bisherigen betrüblichen Erfahrungen mit den Ansätzen einer europäischen «Integration» nicht verwunderlich erscheint.

Nun fragt es sich freilich, ob die Stimmung im europäischen Westen für einen solchen entscheidenden Schritt heute tatsächlich günstiger läge als bisher. Das ist nicht unbedingt der Fall. Soeben verlautet nämlich, daß die wirtschaftlichen Einigungsbestrebungen des Westens in einem wesentlichen Punkt vor dem Scheitern stehen: wie unser italienischer Korrespondent berichtet, kann der weiteren Entwicklung der italienisch-französischen Zollunion infolge französischer Widerstände nur mit ausgesprochener Skepsis entgegengesehen werden; darüber hinaus hörte man eben in diesen Tagen, daß, wahrscheinlich als teilweise Folge dieses Umstandes, das «Finebel»-Projekt, also die italienisch-französisch-luxemburgisch-belgisch-holländische Handelsunion, unmittelbar vor seiner Beerdigung stehe. Das sind trübe Aussichten. Daneben besteht nach wie vor die Weigerung der britischen Regierung, wirkliche Konzessionen in der Richtung auf die Multilateralität im Zahlungsverkehr zu machen. Hier kann immerhin in absehbarer Zeit mit einer gewissen größeren Beweglichkeit, also einer etwas verstärkten Konzessionsbereitschaft, gerechnet werden, denn die Politik der Labourregierung muß nun doch immer mehr mit der konservativen Opposition rechnen und wird ihr auch nach dieser Richtung ab und zu eine Konzession zu machen haben. Trotzdem sind aber, wie man sieht, der Hemmnisse auf dem Wege zur Erfüllung der amerikanischen Voraussetzungen noch viele, und es wird eines immer stärkeren Druckes bedürfen, bis einmal irgend etwas Positives erreicht ist.

Allein die Diskussion über das Schicksal der europäischen Einigungsbestrebungen auf wirtschaftlichem Gebiet ist ohnehin unvollständig, wenn nicht eine Verständigung über

die künftige Rolle Westdeutschlands

in diesem Rahmen gelingt. Hier aber sind die Schwierigkeiten womöglich am größten. So zeigt man vor allem in Frankreich eine ausgesprochene Abneigung gegen den Einbezug der Bundesrepublik in solche Vereinbarungen, — ein Gesichtspunkt, der ebenfalls wesentlich zum Scheitern des «Finebel»-Projektes beigetragen haben soll. Aber neuerdings ist auch in England die Zurückhaltung in dieser Beziehung wieder größer geworden, nachdem das deutsche Selbstbewußtsein eine zunehmend unangenehme Partnerschaft in dieser Richtung erkennen läßt. Alles in allem besteht bezüglich einer westdeutschen Beteiligung an solchen Plänen kurzerhand das Gefühl, daß die Dinge einfach noch nicht genügend ausgereift sind, um eine wirkliche Entscheidung zu ermöglichen. Dabei spielen freilich in erster Linie politische Erwägungen mit: im Grunde ist sich auch heute noch niemand über die wirkliche politische Rolle Westdeutschlands in der Zukunft im klaren. Gewiß besteht von Seiten der amerikanischen Regierungskreise ein zunehmender Druck in der Richtung auf die «Integration» Westdeutschlands in die Gemeinschaft Westeuropas, — soweit diese überhaupt vorhanden ist. Aber es läßt sich nicht leugnen, daß die amerikanische öffentliche Meinung in dieser Richtung nicht in allen Teilen die gleichen Grundsätze vertritt. So ist denn eben erst wieder in verschiedenen Pressestimmen der Vereinigten Staaten von einer

künftigen «Neutralisierung» Deutschlands

die Rede gewesen, also von einer ganz besondern politischen Konzeption, die sich in diesem Falle auf Gesamtdeutschland beziehen müßte. Es würde sich dabei um die Vereinigung Westdeutschlands und Ostdeutschlands, um die Bildung eines neutralen Großstaates handeln, entsprechend den Plänen, die ja schon seit längerer Zeit in Deutschland selbst, nämlich in den Kreisen um Professor Noack, gehegt werden. Dies aber müßte eine Verständigung zwischen Ost und West überhaupt voraussetzen, womit alle bisherigen Pläne, einschließlich der «Integration» Westeuropas, auf eine völlig neue Basis gestellt wären.

Jann v. Sprecher

Brief aus Prag

Kürzlich erlebte die Hauptstadt der Tschechoslowakei ein seltsames Schauspiel: auf dem ehemaligen deutschen Gesandtschaftspalais wurde die schwarz-rot-goldene Fahne gehißt und kurz darauf schritt der erste Gesandte der «Deutschen demokratischen Republik», Fritz Große, die Front der Ehrenkompagnie auf dem Hradschin ab, um sich dann zwecks Überreichung seines Beglaubigungsschreibens zu Klement Gottwald, dem tschechoslowakischen Staatspräsidenten, zu begeben. Es gab einigen Auflauf bei diesem Diplomatenempfang — und man konnte in den Gesichtern der Neugierigen die tiefe Verwunderung über den raschen Wandel unserer Zeit ablesen und die wenigsten verstehen diesen deutlichen Umschwung in der Politik Gottwalds, zumal doch gerade die Kommunisten die erbittertsten Feinde der Deutschen (und nicht allein der Nazis!) gewesen sind und sich überall auch als solche bekannt haben. In dieser heiklen Situation griff Gottwald selbst ein und erklärte in einer richtungsweisenden und nicht mißzuverstehenden Rede vor dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei: «Wir müssen uns Tag für Tag bemühen, in unseren Reihen die Ansicht zu widerlegen, als ob ein Deutscher gleich dem anderen sei. Das ist nämlich unwahr». Und Gottwald fügte hinzu, daß sich in Deutschland ein Prozeß der Läuterung vollziehe, der wohl den Schluß auf eine innere Wandlung des deutschen Volkes und auf dessen Gesinnung «für die Kräfte des Friedens» (womit er den Ostblock meinte) zulasse.

Vor der Revision der Aussiedlung

Diese Rede kann als das deutlichste Zeichen einer völligen Umstellung der tschechoslowakischen Außenpolitik in der «deutschen Frage» angesehen werden. Denn in ähnlicher Weise vollzog sich vor zwei Jahren die Rehabilitierung und Anerkennung der ungarischen Volksgruppe in der Slowakei, über deren Transfer nach Ungarn vorher lange Verhandlungen zwischen Prag und Budapest geführt wurden. Einige vorlaute Agenturen wollten bereits von einer Rückberufung der Sudeten-deutschen wissen — aber so schnell vollzieht sich bei den bekannten Ressentiments der Tschechen die Wandlung nun doch nicht. Die Dementis der Prager Regierung können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß — ähnlich wie jetzt in Ungarn — auch dieser heute fast undenkbare Schritt in Bälde erfolgen muß.

Das hat nicht nur die Prager Regierung einsehen müssen, sondern es mehrten sich auch die Stimmen aus der tschechischen Emigration, die — freilich von der anderen Seite her — zu ähnlichen Schlüssen kommen. So war es beispielsweise der frühere Militärattaché in Paris, Oberstleutnant Mischke, der erst dieser Tage in

einer kanadischen Zeitschrift für ein starkes Deutschland als Gegengewicht zu Rußland plädierte und die Westmächte zu raschem Handeln aufforderte. Interessant ist das Resumé des tschechischen Militärs: «Wie unerfreulich es auch sein mag, die Pille zu schlucken, so müssen wir mit Deutschland doch einen bedingungslosen Frieden schließen, wenn wir einer bedingungslosen Kapitulation entgehen wollen». Viel Beachtung fand in Prag auch der Artikel des ehemaligen Redakteurs der bekannten Zeitung «Svobodné Noviny», Jiří Nehnevajša, der mit den jetzt in der Emigration sitzenden Führern der chauvinistischen Mittelparteien schonungslos ins Gericht ging und zu der Feststellung kam, die tschechoslowakische Demokratie habe völlig versagt und die Kommunisten gingen heute mit ihren tschechischen Gegnern nicht anders um als diese seinerzeit mit den Deutschen.

Trotz dieser unverkennbaren Wandlung, welche die Tschechen im Exil seit zwei Jahren durchmachen, hat gerade die wichtigste tschechische Körperschaft in der Emigration, der «Tschechoslowakische Nationalrat» in Washington seinen — wie sich bereits gezeigt hat — verderblichen Standpunkt in der nationalen Frage nicht geändert. Nur die nationalistische Gruppe des Generals Prchala in London hat sich für die Rücksiedlung der Deutschen (allerdings soweit sie unbelastet sind) und für eine teilweise Wiedergutmachung entschieden.

Kirchenkampf: noch unentschieden

Das zweite Problem, das die Prager Regierung schon seit Monaten beschäftigt, ist die Unterwerfung der katholischen Kirche unter den Willen des kommunistischen Regimes. Unzweifelhaft hat Gottwald in dieser Frage dank der mangelnden Festigkeit des Episkopates einige Erfolge erzielen können. Priester und Gläubige haben gesehen, daß die Kirchenfürsten den offenen Kampf mit dem Regime scheuten und versuchen nun auch ihrerseits, möglichst unbehelligt zu bleiben. Der verlangte Loyalitätseid wurde daher von der überwiegenden Mehrzahl der Priester *ohne* den von den Bischöfen empfohlenen einschränkenden Zusatz geleistet. Nur die katholischen Bischöfe erschienen nicht zur Eidesleistung, zweifellos auch deshalb, weil die Regierung einen ihr genehmen Priester auf einen vakanten slowakischen Bischofsitz gesetzt hatte, ohne die Wahl des Domkapitels zu berücksichtigen. Auch wurden die beiden theologischen Fakultäten an den Universitäten Prag und Olmütz von der Regierung mit der Begründung, «die katholische Theologie sei für den kommunistischen Staat ohne Interesse», geschlossen.

Die Bestrebungen des Staates gehen dahin, besonders die nichtkatholischen Religionsgemeinschaften, aber — da dies nur wenig nützt — auch die «Rebellen» in der katholischen Geistlichkeit selbst zu fördern. Die Tschechoslowakische Nationalkirche mit rund 800 000 Gläubigen, die Lutheraner mit 400 000, die Böhmisches Brüder mit 300 000, die Reformierten in der Slowakei mit 150 000 und schließlich auch die Griechisch-Orthodoxen, die Methodisten und Israeliten, haben sich der Regierung gebeugt und diese benützt nun besonders die Nationalkirche immer wieder gerne als Aushängeschild im Ausland.

Mit den «Rebellen» in der katholischen Geistlichkeit hat Gottwald allerdings wenig Erfolg gehabt. So ist es auch um die als Organisation der Regierung aufgezugene «Katholische Aktion» ziemlich still geworden. Die jüngste Deklaration der «fortschrittlichen» Priester in der Slowakei war übrigens ein deutlicher Mißerfolg, denn es haben sich von den rund 2500 katholischen Priestern der Slowakei nur 50 gegen ihre kirchlichen Autoritäten gestellt.

Um dieser schon vor einem Jahr eingeleiteten Entwicklung nachzuhelfen, organisierte man gegen zehn bekannte Geistliche einen regelrechten Hochverratsprozeß, der mit ausnahmsloser Verurteilung zu hohen Gefängnisstrafen, keine unter neun Jahre, endete. Die Anklageschrift enthielt die mannigfaltigsten Beschuldigungen

gegen die Priester, die sich — wie in den anderen Schauprozessen der Ostländer — zumeist schuldig bekannten. Allerdings wurde der Begriff des «Geständnisses» sehr großzügig ausgelegt: so wurde z. B. die Aussage des Professors Dr. Braitto, er sei Mitarbeiter der bekannten katholischen Nachrichtenagentur CIP in Paris gewesen, vom Gericht bereits als halbes Bekenntnis zur Spionage gewertet, da ja heute in der CSR jede Verbindung mit dem Ausland beargwöhnt wird. Man scheute sich auch nicht, die Aussage des schon vor Jahren zu einer langen Kerkerstrafe verurteilten Großmeisters des Matheserordens, Franz Bobe, vorzulegen, die allerlei Belastendes gegen die Angeklagten enthielt. Man wird aber nie erfahren, wie diese Aussage zustande gekommen ist — denn eine Konfrontation hat das Gericht wohlweislich vermieden. Im Urteil wurde gewissermaßen auch bereits eine Qualifikation der einzelnen Orden, denen die Angeklagten angehören, vorgenommen: die Jesuiten seien vom Vatikan mit der Spionage, die Franziskaner mit der Zerstörung des sozialistischen Aufbaues auf dem Lande und die Prämonstratenser mit der Vorbereitung der bewaffneten Erhebung betraut gewesen.

Die Säuberung hat begonnen

Große Aufmerksamkeit verdient die erste Säuberung innerhalb der Kommunistischen Partei, der als erster der bisherige Chefredakteur des Zentralorgans «Rudé Právo», Abg. Vilém Novy, zum Opfer fiel. Er wurde zunächst seiner Funktionen enthoben und schließlich wegen «gröblicher Vernachlässigung der bolschewistischen Wachsamkeit» auch aus der Partei ausgeschlossen. Sein Fall fand kaum vierzehn Tage später eine Erklärung in der überraschenden Demission des Außenministers Dr. Vlado Clementis. Obwohl Novy Tscheche, Clementis Slowake ist, gehörten sie beide zu jenem Teil der kommunistischen Emigration, die sich während des Krieges im Westen aufhielt. Moskau hat ihnen nie getraut, da sich Clementis 1939 das Recht einer Kritik des deutsch-sowjetischen Bündnisses herausnahm. Der wahre Grund für den Rücktritt des Außenministers — so erzählt man in Prag — ist aber wohl die von Moskau befohlene Annäherungspolitik an Deutschland gewesen, die dem bisherigen Prager Kurs diametral entgegengesetzt ist. Schon mit dem Verbleib der 200 000 Ungarn in der Slowakei war Clementis nicht recht einverstanden — noch weniger mit der nun sich anbahnenden neuen Deutschlandpolitik.

Wesentlich beigetragen zu dem Sturz dieser beiden Größen hat auch der stellvertretende Generalsekretär der KP, Friedrich Geminder — so komisch dies klingen mag, ein Deutscher. Er hat aber das volle Vertrauen des Kreml und verfügt über eine große Macht hinter den Kulissen. Novy und Clementis waren nur die ersten Opfer des nun beginnenden Säuberungsprozesses. Zunächst ist man noch nicht so weit wie in Bulgarien oder Ungarn, wo einem Kostoff und Rajk schon der Prozeß gemacht wurde. Aber auch das steht in Prag noch bevor. Es kann kein Zweifel sein: die Tschechoslowakei erlebt einen Strukturwandel, wie sich ihn selbst Gottwald und die Seinen vor zwei Jahren nicht haben träumen lassen. Das Land aber ist mitten auf dem Wege, der von der Übergangsperiode des politisch-sozialen Husittismus in das Stadium der restlosen Eingliederung in das System des russischen Imperialismus führt. Daß es in diesem Konzept keine Rücksichten auf die Sonderwünsche der kleinen Völker gibt, beweist die Werbung um die Deutschen. Ihr muß alles, auch der tschechische Chauvinismus, geopfert werden.

Brief aus Italien

Quo vadis, Italia?

Ja, wenn es so leicht wäre, darauf eine schlüssige Antwort zu erteilen, die sich notabene hintennach als zutreffend erweisen würde, dürfte man sich ruhig in die Reihe der berühmten Propheten aufnehmen lassen. Aber die *Diagnose* seiner Lage ist schon so schwierig, daß man kaum wagen darf, eine *Prognose* zu äußern. Die Nachrichten aus Politik, Wirtschaft und Finanzwelt lauten in letzter Zeit wieder derart widersprechend, daß es wahrlich keine leichte Sache ist, mit helvetischer Nüchternheit den Wirrwarr auf einen Nenner zu bringen.

Wie immer macht die Kunde von negativ zu wertenden Ereignissen im Auslande, wo einem der Vergleich mit den augenscheinlichen Fortschritten auf andern Gebieten schwer fällt, weit mehr Eindruck als im Lande selbst. Gewiß, die Straßenrevolte in Turin, die Ausschreitungen in Porto Marghera, die Agitationen in Parma und andern Städten, von den fast täglich gemeldeten Land- und Fabrikbesetzungen ganz zu schweigen, sind nicht wegzuleugnende Symptome einer noch nicht überwundenen Unrast, die ja am 22. März auch wieder zu einem Generalstreik geführt hat. Tatsache bleibt aber, daß die Arbeitsniederlegung diesmal weniger weit ging als bei frühern Gelegenheiten. Offensichtlich breitet sich die Streikmüdigkeit immer mehr aus, wie wahrscheinlich die Zahl der eingeschriebenen Kommunisten wesentlich zurückgegangen ist, wenn auch der «Partito Comunista Italiano» darüber natürlich keine Zahlen veröffentlicht. Aber diesen quantitativen Ausfall sucht der P.C.I. durch verstärkte Virulenz seiner Tätigkeit wettzumachen. Allem Anschein nach stehen ihm in letzter Zeit beträchtliche Mittel zur Verfügung, die ihm einerseits eine vermehrte Propaganda, andererseits eine Motorisierung vieler seiner Anhänger zur Durchführung von Blitzaktionen erlauben. Die vor Monatsfrist erlassenen Notverordnungen der Regierung (Suspendierung des Versammlungsrechtes durch die Präfekten bis zu drei Monaten u. a. m.) waren die Antwort auf die letzten Krawalle, und daß der Hieb saß, verriet das maßlose Wutgeheil der Marxisten über die «leggi liberticide fasciste». Die Wahrheit ist, daß die Regierung bis an die Grenze der Toleranz gegangen ist. Ein weiteres «laissez faire» wäre sträflicher Leichtsinns gewesen. Die Maßnahme richtete sich übrigens nicht nur gegen den Links-, sondern auch gegen den Rechtsextremismus, dem die Respektierung demokratischer Spielregeln so wenig liegt wie den Marxisten. Die Regierung hat aus der faschistischen Bewegung etwas gelernt. Diesmal will sie unbedingt Herrin der Lage und der Straße bleiben.

Auf die oft gehörte Frage,

wieso denn eigentlich der Kommunismus in Italien nicht zur Impotenz zu bringen sei,

nachdem die wirtschaftliche Erholung doch mächtige Fortschritte gemacht habe, möchten wir mit einem kurzen Exkurs in die Reihe der Faktoren antworten, die diese Erscheinung bestimmen dürften. Sie sind eben nicht nur ökonomischer, sondern auch rassischer, historischer, edukatorischer und sozialer Natur.

Der Italiener ist ein Individualist par excellence. Aus Instinkt lehnt er sich innerlich gegen jede weltliche Obrigkeit und deren Verfügungen auf, ohne daß er allerdings gleich einem blutrünstigen Anarchismus zu verfallen braucht. Wer je in Italien Auto gefahren ist, weiß ein Liedchen über diese Disziplinlosigkeit zu pfeifen. Die weitverbreitete Oppositionsstellung weiter Linkskreise gegen die Regierung rührt bestimmt zum Teil aus diesem überbordenden Individualismus her. (Dabei wissen die guten Leute in ihrer Naivität nicht, daß die rottotalitären Regime die Todfeinde jedes Individualismus sind.) Diesem Anti-Staat-Komplex wurde durch die

zwanzigjährige faschistische Diktatur um so mehr Auftrieb gegeben, als Mussolini die Italiener zu einer Geisteshaltung zwang, die im geraden Gegensatz zu ihrem Naturell steht. Das Pendel der Reaktion darauf hat seine Ruhelage noch nicht wieder gefunden, um so weniger, als der Kommunismus eines der meistverfolgten Opfer des Faschismus war. Die in letzter Zeit in Rom und andern Orten wieder-aufgelebten Strafexpeditionen neofaschistischer Kreise haben auch nicht zur Beruhigung der Gemüter beigetragen.

Ein weiterer Grund der starken Verbreitung des kommunistischen Dogmas ist die Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse in Rußland und seinen Satellitenstaaten. Man kann es angesichts des tiefen Bildungsniveaus der übergroßen Mehrheit des italienischen Volkes verstehen, daß es bewußt irriige Propaganda für bare Münzen nimmt, ganz besonders wenn man sich vergegenwärtigt, daß während der 20jährigen Diktatur die kritische Denktätigkeit in den Schulen systematisch sabotiert worden war. Gerade bei den toskanischen Halbpachtbauern z. B. dürfte diese Ignoranz in erster Linie für ihre starke kommunistische Anfälligkeit verantwortlich sein, denn wirtschaftlich ist ihre Lage durchaus befriedigend.

Daß aber diese falsche Propaganda immer noch auf so fruchtbaren Boden fällt, ist neben den bereits erwähnten noch auf folgende Gründe zurückzuführen: wie in den meisten modernen Staaten bildete sich auch in Italien ein von den traditionellen Banden familiärer, kirchlicher und sozialer Art befreites Proletariat, das in seiner Vermassung demjenigen nachläuft, der ihm am lautesten «panem et circenses» verspricht. Und da braucht ja dem Kommunismus nicht um die Folgen bange zu sein, denn sollte er je obsiegen, so verfügt er über derartige Machtmittel, daß er jedes Aufmucken über nicht eingehaltene Versprechungen im Keime ersticken kann. Europa orientalis docet! Kein Wunder, daß die Togliattijünger den ahnungslosen Leuten das Blaue vom Himmel herab mit Erfolg versprechen, und wundergläubig sind die Italiener seit jeher gewesen.

Kommt dann noch das tief beschämende Verhalten des Bürgertums dazu, das trotz besserer Einsicht vom gleichen Anti-Staat-Komplex (eine Erbschaft jahrhundertelanger politischer Rechtlosigkeit) befallen, nur auf den eigenen Vorteil bedacht ist, genau wie schon zu Macchiavellis Zeiten,

für soziale Fragen bedenklich wenig Verständnis

zeigt und wenig oder überhaupt nichts zu deren Lösung beiträgt, so muß man sich nicht wundern, wenn Hunderttausende von Italienern ihrem Land innerlich so entfremdet sind, daß sie bedenkenlos einem fremden Götzen opfern; ganz besonders wenn sich Millionen von Menschen in einer wirtschaftlichen Notlage befinden. Die chronische Arbeitslosenzahl von 2 Millionen konnte bis jetzt trotz gesteigerter Auswanderung nicht wesentlich herabgesetzt werden.

Mit einem raschen Abbau der kommunistischen Positionen ist aus den erwähnten Gründen auf keinen Fall zu rechnen,

schon weil sich die Marxisten aus Prinzip nie besiegt geben. Ihre Wühlarbeit wird auch bei einer grundlegenden wirtschaftlichen Besserung noch anhalten, aber von ihrer gegenwärtigen Gefährlichkeit einbüßen. Eine Verschärfung der latenten Gefahr können wir umgekehrt nicht wahrnehmen, auch wenn sich in nächster Zeit weitere Störaktionen, z. B. im Zusammenhang mit der Ankunft amerikanischer Waffen, ereignen sollten. Ein gemäßigter Optimismus scheint uns trotz allem berechtigt. Nicht nur hat der «buon senso» in Italien meistens das letzte Wort behalten, sondern es stehen positive Maßnahmen größten Ausmaßes vor der Verwirklichung, die den Gesamtaspekt zweifellos günstig beeinflussen.

Mit dem riesigen, auf zehn Jahre verteilten staatlichen Investitionsprogramm

von 1200 Milliarden Lire (das Geld stammt zum Teil aus dem ERP.-Lire-Fonds, z. T. aus den kräftig erhöhten Steuern aus Tabak, Benzin etc.), wovon eine Billion vor allem dem rückständigen Süden zukommen soll, hat die Regierung einen Weg beschritten, der auf die Dauer Gutes verspricht. Die bereits im letzten Bericht erwähnte Agrarreform bildet nur einen Teil dieses gigantischen Meliorationsprogrammes, das der nord- und mittelitalienischen Industrietätigkeit einen sehr kräftigen Auftrieb gewähren wird. Die bekannten Zwingliworte: «Tut um Gottes willen etwas Tapferes» scheinen diesem Projekt, das demnächst vor Kammer und Senat kommen und aller Voraussicht nach auch angenommen werden wird, zu Gevatter zu stehen. Italien beweist mit diesem Programm, daß nicht nur Diktaturen, sondern sogar arme Republiken Großtaten verrichten können, wenn ihre Leitung in den rechten Händen liegt. Und diesen Eindruck verschafft die Regierung De Gasperi der Welt in steigendem Maße.

Vom innen- zum außenpolitischen Gebiete leitet die in jüngster Zeit wieder etwas aktuell gewordene

Südtiroler Frage

über. Der deutschsprachige Teil der Etschländer Region ist mit der in der Praxis gehandhabten Autonomie nicht zufrieden. In der Enttäuschung lebt das Heimweh nach Österreich da und dort wieder auf, was dann natürlich die Aufmerksamkeit der Innsbrucker und Wiener Regierungskreise auf sich zu lenken pflegt, worüber man in Rom nicht eitel Freude empfindet. Wir sind aber gewiß, daß dem gewiegten Trientiner De Gasperi ein Kompromiß auch in dieser Frage gelingen wird, ohne daß es erst zu einer dramatischen Zuspitzung zu kommen braucht.

Weit ereignisschwangerer ist die Lage im

Sektor von Triest

wieder geworden. Die Italiener fordern immer nachdrücklicher die Einlösung des ihnen vor zwei Jahren von den Alliierten gegebenen Versprechens der Wiederingliederung des Freistaates an die «madre patria». Wohl als Reaktion auf diese Möglichkeit haben Tito und Kardelj in letzter Zeit in Reden angetönt, man sei als standfeste Kommunisten durchaus nicht westlich orientiert, und wohl nicht ganz zufällig ging damals eine Pressemeldung von russischen Wiederanbiederungsversuchen durch die Welt. Aus diesem Grunde wollen die Alliierten in Belgrad kein Porzellan zerbrechen und sind heute weniger als 1948 bereit, eine Regelung allein auf Kosten Jugoslawiens durchzuführen.

Die Gerüchte, wonach Italien auf die ohnehin von seinem östlichen Nachbarn praktisch annektierte Zone B zu verzichten hätte, liegen wohl in der Linie angelsächsischer Diplomatenlogik, dürften aber kaum auf italienische Gegenliebe stoßen. Immerhin scheint die Lösung dieses dornigen Problems näher gerückt zu sein, wozu die sehr konziliant gehaltene Rede Graf Sforzas in Mailand nicht wenig beigetragen hat. Ähnlich versöhnlich-vernünftige Töne schlug ja auch Marschall Tito in einem Interview mit einem amerikanischen Journalisten an.

Mit Frankreich wurde in der Zollunionsfrage wieder einmal ein hoffnungsvolles Protokoll, einige weitere Liberalisationen enthaltend, ausgetauscht. In praxi lehnte aber kurz darauf ein kompetentes französisches Gremium weitere Schritte mit großer Mehrheit ab. Eine engere ökonomische Zusammenarbeit dürfte in absehbarer Zeit nur im Rahmen einer gesamteuropäischen Regelung zu erwarten sein. Eine auf Italien und Frankreich begrenzte Wirtschaftsunion würde diesseits und jenseits des Mont Cenis zu viele Interessen lädieren, als daß wir an eine baldige Verwirklichung denken können.

Zum außenpolitischen Thema gehört auch die vor wenigen Wochen erfolgte Übernahme der Somali-Treuhandverwaltung, die aber selbst in Italien die Gemüter

wenig erregte. Das Wort Afrika hat hier augenscheinlich viel von seiner frühern Zauberkraft eingebüßt, was angesichts der schlechten Erfahrungen der letzten Jahre verständlich ist.

Auf wirtschaftlichem Gebiete

haben Tresorminister Pella und Finanzminister Vannoni vor der Kammer kürzlich recht erfreuliche Angaben gemacht, die besagen, daß in den Regierungskreisen die Inflationsgefahr definitiv als überwunden gilt, was durch die gleichzeitig erfolgte Herabsetzung des Diskontsatzes auf 4 % praktisch auch bestätigt wurde. Einem Totalimport von fast 1500 Millionen Dollars stand im vergangenen Jahr ein Total-export von etwas mehr als 1100 Mio Dollars gegenüber, wodurch das Defizit auf weniger als 400 Mio Dollars sank (gegenüber 440 Mio im Vorjahr). Die günstige Ausfuhrentwicklung hielt übrigens im ersten Quartal des laufenden Jahres an. Der Großhandelsindex ist vom 54fachen Vorkriegsansatz 1948 auf das 47fache im Dezember gefallen, und weist weiterhin sinkende Tendenz auf. Vor allem die Preise landwirtschaftlicher Produkte gehen wegen Überangebot ständig weiter zurück, ebenso die Textilien u. a. m. Im Einzelhandel ist der Abschlag bis jetzt allerdings nicht so stark gewesen.

Der Notenumlauf fiel vom Höchststand Ende Dezember von 1050 auf 975 Milliarden Lire. Wenn auch die Gold- und Hartdevisenhaltung in Italien bei weitem nicht das Ausmaß der französischen Verhältnisse angenommen hat, findet gegenwärtig eine wahre Flucht daraus statt, die wohl die noch nie erreichten gegenwärtigen Tiefstände der «freien» Wechselkurse erklärt. Freie Dollar und Schweizerfranken rangieren gegenwärtig nur noch 3 % über den offiziellen Ansätzen, womit

Italien praktisch in die Reihe der Hartwährungsländer

übergetreten ist. Dieser Umschwung wurde zweifelsohne durch die vom Finanzminister versprochene Lockerung des Gesetzes über die Aktiennominativität ausgelöst, der den Aktienkursen einen kräftigen Auftrieb versetzte. Das Sparkapital hat weiter zugenommen, so daß Bankkredite heute gesunden Unternehmungen wieder in größerem Ausmaße als bisher zur Verfügung stehen. Alles deutet darauf hin, daß Italiens Binnenwirtschaftslage sich in nächster Zeit beleben wird, und, falls die nötige Kostensenkung gelingt, auch der Außenhandel. Eine Sonderkonjunktur macht sich in letzter Zeit im Bausektor geltend. Die Neubautätigkeit hat nach jahrelanger Stagnation mit voller Kraft eingesetzt, womit die Lösung der ungeheuren Wohnungsnot endlich etwas Fortschritte gemacht hat. Der

Tourismus

dagegen hat bis jetzt die in ihn gesetzten Anno-Santo-Hoffnungen nur zum Teil erfüllt; wahrscheinlich waren sie etwas allzu hoch geschraubt gewesen.

Die gutgesinnten Kreise Italiens innerhalb und außerhalb der Regierung führen einen Wettlauf mit den destruktiven Elementen durch. Gelingt ihnen die Sanierung des Landes, bevor der kommunistische Osten durch interne oder externe Aktionen die Fortschritte wieder in Frage stellen kann, dann haben sie gewonnenes Spiel. Der Erfolg hängt aber nicht bloß von ihren eigenen Anstrengungen ab, sondern davon, ob Europa in letzter Stunde die von allen Einsichtigen dringend gewünschte politische, militärische und wirtschaftliche Integration, die Westdeutschland umfassen muß, gelingt. Auf die Mitarbeit Italiens darf Europa in jeder Sparte zählen:

darf wohl auch Italien mit dem gleichen Geiste der Zusammenarbeit von Seiten Europas und der Welt rechnen?

Peregrinus

Brief aus Washington

Die wissenschaftlichen Fortschritte während der letzten zwanzig Jahre sind so ungeheuer gewesen, und der letzte Krieg hat dermaßen umwälzende Neuerungen gebracht, daß der Durchschnittsamerikaner sich heute tatsächlich durch nichts mehr erschüttern läßt. Seine Leichtgläubigkeit kennt fast keine Grenzen mehr, wie die große Flut seltsamer Geschichten von «Fliegenden Untertellern» und Raumschiffen von einem andern Planeten deutlich zeigen. Unter diesen Umständen kann man vielleicht verstehen, weshalb die Kunde von der Wasserstoffbombe, die, wenn sie zum Erfolg führt, ein Vielfaches der Wirkung der Atombombe hat, von der großen Masse des amerikanischen Volkes mit ziemlichem Gleichmut aufgenommen wurde.

Wie in unseren Berichten bereits angedeutet, hat die Ankündigung, daß letztes Jahr in der Sowjetunion eine Atomexplosion stattfand, die amerikanische öffentliche Meinung zwar erschreckt, jedoch nicht in Panikstimmung versetzt. Dagegen bewirkte dieses Ereignis, daß eine Anzahl Zeitungsleute, die sich schon früher über die Beschränkung der bewaffneten Macht der Vereinigten Staaten beklagt hatten, erneut in Aktion traten. Schließlich fühlte sich Präsident Truman dazu gezwungen, öffentlich zu verkünden, daß

das Projekt einer Wasserstoffbombe

ausgeführt werde.

Die Wirkungen dieser Ankündigung waren teilweise günstig, teilweise übel. In gewissen Kreisen fühlte man eine merkliche Beruhigung, als man vernahm, daß nun, da man das Monopol über eine der Superwaffen verloren hatte, eine andere, noch wirksamere sie ersetzen werde. Aber es wurden auch neue Befürchtungen wach. Obwohl die Schätzungen über die mögliche Wirkung der Wasserstoffbombe weit auseinandergehen, besteht doch kaum ein Zweifel, daß sie eine weitaus schrecklichere Waffe ist als selbst die Atombombe. Als bekannt wurde, daß der britische Wissenschaftler Dr. Fuchs den Sowjets wertvolle Informationen nicht nur über die Atombombe, sondern wahrscheinlich auch über die neuere Waffe übermittelt hatte, vervielfachten sich diese Befürchtungen.

Der Verlust des Monopols über die Atomwaffen, der durch die Explosion in Rußland angezeigt wurde, hatte zur Hoffnung berechtigt, daß eine engere Zusammenarbeit der Wissenschaftler der westlichen Völker folgen werde. Es schien wenig Sinn zu haben, die amerikanischen Sicherheitsmaßnahmen so stark zu verdichten, daß dadurch gemeinsame Anstrengungen behindert würden. Der Fall Fuchs hat nun aber diese Tendenz in ihr Gegenteil umschlagen lassen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Vereinigten Staaten nun vorsichtiger als je sein werden mit Bezug auf wissenschaftliche Erkenntnisse, selbst ihren Freunden gegenüber.

Bei der Diskussion über die Wasserstoffbombe darf man nicht vergessen, daß sie vorläufig eher ein Versprechen ist als eine Tatsache, wenn man den Vermutungen von Fachleuten glauben will. Trotzdem ist es wahrscheinlich, daß ein großer Teil der wissenschaftlichen Vorarbeiten schon erledigt ist. Tatsache ist, daß die Mehrheit der Physiker annimmt, diese Waffe könne konstruiert werden. Eine beträchtliche Anzahl dagegen bezweifelt die Möglichkeit. Inzwischen haben sich die für die nationale Sicherheit verantwortlichen Beamten mit der Wirkung dieser neuen Entwicklung auf die große Strategie und die allgemeine Verteidigungsplanung befaßt.

Es ist kein Geheimnis, daß eine ganze Anzahl Offiziere etwas weniger beeindruckt sind von der Möglichkeit, daß die Atombombe als Waffe die Entscheidung herbeiführen könnte, als etwa gewisse Wissenschaftler und philosophierende Intellektuelle. Es wäre allerdings ungerecht, zu behaupten, daß diese Offiziere die Atom-

bombe bloß als eine neuere Bombe betrachten. Dagegen mißbilligen sie die Neigung vieler Leute, die Atombombe als etwas zu betrachten, das automatisch die übrigen, anerkannten militärischen Waffen überholt erscheinen läßt. In diesen Kreisen wird hingegen die Wasserstoffbombe und ihre mögliche Verwendung mit wirklicher Besorgnis betrachtet. Einzelne Verantwortliche nehmen den Standpunkt ein, daß, wenn die Schätzungen der Wissenschaftler mit Bezug auf die Wirkung der Wasserstoffbombe richtig sind, sie diejenige Waffe sein wird, die das leisten kann, was man von der Atombombe bloß annahm.

Man weiß vorläufig noch nicht recht, wie sich diese neueste Entwicklung auf die große Strategie auswirken wird. Bis jetzt spürt man auf alle Fälle noch keine Wirkung auf die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten, die westeuropäische Militärmacht wiederaufzubauen auf Grund des militärischen Hilfsprogramms. Das Gebiet der Völker des Atlantikpakt wird weiterhin zu dem ausgebaut, was Staatssekretär Acheson «an area of strength» (ein Gebiet der Stärke) zu nennen beliebt. Tatsächlich sind die Anstrengungen zur Erreichung dieses Zieles beschleunigt worden.

Wahrscheinlich werden auch diejenigen Unternehmungen intensiviert werden, die zum Ziele haben,

den nordamerikanischen Kontinent gegen Luftangriffe zu schützen.

Kein verantwortungsbewußter Militärfachmann glaubt, daß eine hundertprozentige Luftverteidigung erreicht werden kann, aber die Vereinigten Staaten werden in Zusammenarbeit mit Kanada ganz sicher die Zahl der Radar-Alarmstationen vergrößern und zu einem dichten Netz ausbauen. Wahrscheinlich wird auch die Zahl der Jagdflugzeuge erhöht werden. Alle diese Maßnahmen sind das Ergebnis der Befürchtung, daß eine nicht sehr große Zahl von Wasserstoffbomben wahrscheinlich genügen würde, um das Kriegspotential der Vereinigten Staaten ernsthaft zu gefährden, während das Land auch durch eine größere Zahl von Atombomben kaum zur Aufgabe des Widerstandes gezwungen würde.

Im Kongreß und anderswo wird gegenwärtig heftig debattiert über die Höhe der amerikanischen Verteidigungsausgaben. Man faßte Beschluß über das Verteidigungsbudget des Fiskaljahres 1951 — es handelt sich um eine Totalsumme von 12 Milliarden Dollars —, bevor bekannt wurde, daß die Russen das Atomgeheimnis entdeckt hatten und vor der Enthüllung von Dr. Fuchs' Verrat. Obwohl die Truman-Regierung bis heute dem Druck jener Leute, die höhere Militärausgaben fordern, nicht erlegen ist, ist es doch mehr als wahrscheinlich, daß der Kongreß mehr bewilligen wird als der Präsident verlangt hat.

Es gibt Leute in Amerika, die es gerne gesehen hätten, wenn Präsident Truman seine Ankündigung der Wasserstoffbombe damit verbunden hätte, auf bestimmte

Schritte zur Beendigung des kalten Krieges

hinzuweisen. Jene, die keine Hoffnung mehr haben, mit den Russen jemals zu praktisch durchführbaren Vereinbarungen zu gelangen, sind der Ansicht, der Präsident hätte das tun sollen lediglich im Sinne eines Propagandazuges; andere, welche die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben haben, möchten ganz einfach, daß die Vereinigten Staaten wenigstens noch einmal einen aufrichtigen, dramatischen Versuch unternähmen, die internationale Spannung zu verringern.

Die Leute, die dieser letzterwähnten Auffassung huldigen, verstärkten ihren Druck, als Winston Churchill während des britischen Wahlfeldzuges vorschlug, man sollte erneut einen Annäherungsversuch an Moskau unternehmen. Die Beamten der Truman-Regierung neigten zur Ansicht, daß dieser Vorschlag als bloßes Wahlmanöver abgetan werden könne, aber es sind ihrer Viele in Amerika, die der Auffassung sind, Churchills Rede habe einen sehr vernünftigen Gedanken enthalten.

In den Vereinigten Staaten vielleicht noch eher als in seinem eigenen Land genießt Britanniens Kriegspremier hohes Ansehen und einen Ruf von Weisheit in internationalen Angelegenheiten.

Das Unvermögen der Regierung, zu handeln oder auch nur viel darüber zu sagen, ließ ein Lücke offen, die zwei Senatoren eilig füllten. Seltsamerweise gehören beide zur Partei des Präsidenten und unterstützen ihn kräftig. Senator Brien McMahon, der Vorsitzende des Vereinigten Kongreßkomitees für Atomenergie, hielt zwei Reden: In der ersten machte er den Vorschlag eines weltumspannenden Marshallplanes, dessen Kosten sich auf 50 Milliarden Dollars belaufen würden und zu dessen Nutznießern auch Rußland und seine Satelliten zählen würden. Als Gegenleistung würde lediglich eine vernünftige internationale Kontrolle der Atomenergie verlangt, in Verbindung mit den ersten Schritten zur Abrüstung. Ein paar Wochen später schlug Senator McMahon eine Sondersitzung der Atlantikpaktmächte vor, an welcher ein Programm aufgestellt werden soll, das später an einer Versammlung der UNO in Moskau den Russen vorgelegt würde. Senator Millard Tydings, Vorsitzender des Senatskomitees für die bewaffneten Streitkräfte, hielt auch zwei Reden, in welchen er den Vereinigten Staaten rasches Handeln empfahl, um die Weltabrüstung zu fördern.

Diese Reden wurden in großen Teilen des Volkes mit Beifall aufgenommen, besonders die McMahons, aber in der Folge ist nichts unternommen worden. Und sehr wahrscheinlich wird auch in Zukunft nichts geschehen.

Einige amerikanische Beobachter sind auf die Idee gekommen, daß hier gerade ein Ausweg liegen könnte — dramatische Handlung, um den kalten Krieg zu beenden und die totale Zerstörung durch Atomkraft abzuwenden —, wenn die Opposition diese Idee aufzunehmen gewillt ist. Leider hat die Minorität, das heißt die Republikanische Partei, bisher kein Interesse gezeigt. In seinen Verlautbarungen unterstützt der fortschrittliche Flügel der Partei die Politik Trumans gegenüber Rußland; dagegen fühlt sich der konservative Flügel mehr zu einer

neuen Isolationspolitik

hingezogen als zu Unternehmungen, welche die Freundschaft unter allen Völkern der Welt fördern könnten.

Richard J. Davis

Brief aus Tokio

Am 7. Januar gäerte es auf Befehl Moskaus im hiesigen Politbureau, und die Partei wurde gezwungen, ihre künftige Politik offen bekannt zu geben, indem sie Sanzo Nozakas Theorie angriff, nach welcher die Erlangung der Macht im Staate durch verfassungsmäßige Mittel erreicht werden soll. Einklemmt zwischen der starren Parteilinie, einer Gruppe weniger bekannter Parteimitglieder, die diese unterstützten, und der immer gegenwärtigen Besetzungsmacht, konnte sich Nozaka nur entschuldigen für seinen «Irrtum» und versprechen, in der Zukunft sich besser zu verhalten, und im übrigen der Tatsache ins Auge sehen, daß er vom Kreml eine öffentliche Rüge erhalten hatte — eine Erfahrung, die bisher keiner überlebt hat.

Während die Kommunisten versuchten, die Wirkung abzuschwächen, welche die allgemeine Erkenntnis erzeugt hatte, daß sie im Herzen «Sowjets» und nicht Japaner seien, platzte eine weitere Bombe im kommunistischen Lager, diesmal von

William J. Sebald, dem Vorsitzenden des Alliierten Rates für Japan, zur Explosion gebracht. Sebald bestätigte in einer Sitzung am 1. März dieses Jahres vor dem Repatriierungskomitee des Hauses der Räte die Aussagen von bereits Repatriierten, wonach ein russischer Offizier die japanischen Kriegsgefangenen davon in Kenntnis setzte, daß der Generalsekretär der japanischen kommunistischen Partei, Kyuichi Tokuda, die Sowjetbehörden ersucht habe, nur jene Japaner zurückzusenden, die sich zum Kommunismus bekennen, und alle Reaktionäre zurückzubehalten. Der russische Delegierte war bei dieser Sitzung nicht anwesend.

Die Japaner fangen nun an, den Kommunismus ernst zu nehmen

Noch warten Hunderttausende ihrer Landsleute auf Nachrichten von Verwandten in russischer Kriegsgefangenschaft. Dabei weigert sich der russische Delegierte im Alliierten Rat hartnäckig, an den Sitzungen teilzunehmen, solange auf der Traktandenliste die Frage der Rückschaffung der gefangenen Japaner steht.

Mao Tse-Tung

ist von seinem zweimonatigen Aufenthalt in Moskau zurückgekehrt und hat einen Vertrag über gegenseitige Hilfeleistung nach Hause gebracht. Damit scheint die Frage des chinesischen «Titoismus» vorläufig erledigt. Daß im Wortlaut dieses Paktes, der eben veröffentlicht worden ist, gewisse Probleme überhaupt nicht erwähnt werden, die vorher als äußerst wichtig betrachtet worden waren — zum Beispiel die Innere Mongolei und Sinkiang —, scheint anzudeuten, daß neben den bekanntgegebenen Vereinbarungen noch Geheimabkommen getroffen worden sind. Die Anerkennung der Oberhoheit der chinesischen Volksrepublik durch Sowjetrußland und die Wiedererlangung einer ganzen Anzahl Rechte, die vorher von den Russen beansprucht worden waren, werden Maos Ansehen beim chinesischen Volk ohne Zweifel während der wirtschaftlichen schwierigen Zeit, der China entgegengeht, gewaltig erhöhen.

Die Erwähnung Japans, das ja Rüstungen und Krieg abgeschworen hat, als eines möglichen Feindes, gegen den der gegenseitige Hilfeleistungspakt zur Anwendung gelangen könnte, ist natürlich ein verschleieter Hinweis auf die Vereinigten Staaten, die der eigentliche Feind wären. Man betrachtet das hier als einen sauber zwischen die japanischen Rechts- und Linksparteien getriebenen Keil. Man hört die Auffassung, daß damit sowohl Japans natürliche Lage als auch seine zunehmende wirtschaftliche Bedeutung anerkannt werde. Gleichzeitig wird Japan gewarnt, daß die Zeit kommen werde, in der es seine Wahl treffen müsse. Mit diesem Ziel hat der Wahlfeldzug bereits eingesetzt.

Während die Frage «Wann wird man Japan einen Friedensvertrag anbieten?» — mit oder ohne Teilnahme Rußlands und Chinas — ein Geheimnis der Regierung in Washington bleibt, haben die fortschreitenden Erleichterungen der Kontrolle durch die Besetzungsmacht das Schlagwort vom

«Frieden ohne Vertrag»

entstehen lassen, um das auszudrücken, was sich jetzt hier abspielt. Eine kürzlich getroffene Verfügung gestattet den Japanern, überseeisch Agenturen einzurichten, und zwar in Neuyork, San Francisco, Los Angeles und Honolulu, um den Handel zu fördern und Bürgerrechts- und Eigentumsprobleme der in den Vereinigten Staaten wohnenden Japaner zu behandeln. Obwohl diese Agenturen in ihrem Handlungsbereich natürlich beschränkt sind, hat die Eröffnung dieser Stellen die Japaner mehr befriedigt als viele unendlich wichtigere Erleichterungen, die aber nicht so stark in Erscheinung treten.

Die Haltung der Japaner hat sich in den letzten Wochen merklich versteift

Noch vor einem halben Jahr kümmerte sich kein Mensch um die Friedensbedingungen. Man war der Ansicht, daß Japan als besiegt Land annehmen müsse, was ihm vom Sieger vorgelegt werde. Heute hingegen lassen sich die Nationalisten mit zunehmender Lautstärke vernehmen. Neulich machte der halboffizielle Rat für Friedensprobleme die Feststellung, daß Japan die folgenden Forderungen erhebe: Friede auf allen Gebieten, ewige Neutralität, Unverletzbarkeit, Aufnahme in die Vereinigten Nationen. Ferner wenden sich die Japaner gegen die Überlassung von militärischen Stützpunkten in ihrem Lande zu irgendwelchen Zwecken an irgendeine fremde Nation.

Um ohne fremde Hilfe wieder auf die Füße zu kommen, muß Japan jedoch ungeheure Schwierigkeiten überwinden, obwohl der Wiederaufbau in den letzten viereinhalb Jahren in mancher Beziehung geradezu wunderbare Fortschritte gemacht hat. Trotz der stetigen Erholung gewisser Industriezweige, die in den meisten Fällen von der Besetzungsmacht ausgewählt und aufgepäppelt wurden, zeigt es sich immer mehr, daß nur ein sehr begrenzter Markt für ihre Erzeugnisse vorhanden ist, besonders wenn man einen Vergleich mit den Verhältnissen der Vorkriegszeit zieht, als China noch offen stand. Es ist klar, daß sich daraus ein vom Käufer beherrschter Markt entwickelt. Damit die Produzenten existieren können, müssen sie Waren opfern, besonders da Steuer- und andere Lasten sehr schwer drücken.

Der monatliche Durchschnittsbetrag der abgeschlossenen Exportverträge belief sich im Jahre 1949 auf fast 44 Millionen amerikanischer Dollars. Dagegen betragen die entsprechenden Zahlen für den Dezember 1949 12 Millionen und für den Januar 1950 20 Millionen. Wenn man bedenkt, daß die für 1950 geplante Zahl 620 Millionen ist — über 50 Millionen im Monat —, dann ist der Anfang nicht gerade ermutigend.

Der Schreibende verbrachte eine Woche weit draußen auf dem Lande unter Bauern, Orangenpflanzern, kleinen Ladenbesitzern, Waldarbeitern und Kleinlandwirten, von denen die meisten seit der Kapitulation

noch nie einen Ausländer gesehen

hatten. Dieses Erlebnis war in jeder Beziehung erfrischend. Alle waren emsig bei der Arbeit, die Läden mit Waren überladen, die Preise niedrig und die Nahrungsmittel reichlich. Während für Politik praktisch kein Interesse vorhanden ist und viele Leute nicht einmal den Namen des Ministerpräsidenten kannten, waren sie alle einig in der Feststellung, daß ihr kleiner Reichtum sie vollauf befriedige.

Nach der Rückkehr nach Tokio war es betrüblich, die offizielle Ansicht zu vernehmen, nach welcher diese Lage der Dinge nur von ganz kurzer Dauer sein könne. Die Bürokraten der Hauptstadt sind überzeugt, daß die Landschaft gegenwärtig alles liefert, was sie kann, daß dieses Jahr noch die Absolventen der Landschulen in ihren eigenen Dörfern keine Arbeit finden werden, daß sie deshalb nach den Städten ziehen und dort die zunehmende Zahl der Arbeitslosen vergrößern helfen. Die Antwort darauf wird die Zukunft geben, wie es bei allen Problemen in Japan seit Kriegsende der Fall war. Dieses Volk ist außergewöhnlich biegsam und anpassungsfähig, und das Land ist schon viel gefährlicheren Bedrohungen geschickt ausgewichen, ohne daß sich die ewig angekündigten Krisen eingestellt hätten.

Compton Pakenham

Militärische Umschau

Die Verteidigung des Mittellandes

Die Frage, wo unsere Armee im Kriegsfall einem Gegner entgegentreten und sich schlagen soll, ist in letzter Zeit in Offiziersgesellschaften und in der Presse diskutiert worden. Sie hat aber bis jetzt leider bei weitem nicht die Beachtung gefunden, die in unseren unruhigen Zeiten ihrer Bedeutung entsprechen würde. Die Frage ist auch insofern aktuell, als eine neue Truppenordnung vorbereitet wird, die für längere Zeit Organisation und Gestaltung unserer Armee festlegen soll und sodann im Hinblick auf die Höhe der Militärausgaben, die bei der Lösung der Bundesfinanzreform eine wichtige Rolle spielt. Deren Höhe ist wesentlich bedingt durch die künftige Bewaffnung und Ausrüstung unserer Armee mit modernem Kriegsmaterial. In welchem Maße aber unsere Armee eine Modernisierung ihrer Ausrüstung braucht, hängt wiederum weitgehend von Art und Ort der voraussichtlichen Kampfführung ab.

Als zu Beginn des Jahres 1857 ein Krieg mit Preußen drohte, plante *General Dufour*, mit dem rechten Flügel der Armee offensiv über den Rhein vorzustoßen und günstige Stellungen an der Aach und Wutach beidseits des Kantons Schaffhausen zu besetzen. Das Gegenteil erlebten wir 1940, als sich das Armeekommando, angesichts der Einkreisung durch die Achsenmächte, zum Bezug des Reduits entschloß und, unter weitgehendem Verzicht auf die Verteidigung des Mittellandes, mit gewaltigen Mitteln zur Verteidigung ausbaute. Vier Jahre später, als sich die Kämpfe wieder unserem Lande näherten und sich unseren Grenzen entlang fortbewegten, hat dann aber unsere Armee das Reduit verlassen und grenznahe Bereitschaftsstellungen bezogen.

Der Reduitgedanke ist nicht nur mit Stahl und Beton in unseren Alpen verankert, sondern ebenso fest in manchen Köpfen und Herzen. Was 1940, infolge unserer ungenügenden Ausrüstung, eine *Notlösung* war, möchten unentwegte Anhänger des Reduitgedankens zum Axiom erheben und einer Gesamtkonzeption unserer Landesverteidigung zugrunde legen. Sie postulieren auch für die Zukunft die Beschränkung unserer Verteidigung auf die Alpenstellung, woselbst die überragende Stärke des Geländes den Verteidiger unterstütze und ein Angreifer sein überlegenes Kriegspotential gar nicht zur Geltung bringen könne. Die Alpenstellung erlaube uns, sich eines Angreifers mit Waffen und Mitteln erfolgreich zu wehren, die auch für einen Kleinstaat erschwinglich seien, ermögliche Einsparungen bei der Flugwaffe, der Motorisierung und der Panzerabwehr, mache uns unabhängiger in bezug auf Treibstoffe und biete die Möglichkeit, sich schon im Frieden auf eine solche Verteidigung vorzubereiten. Im bekannten Gelände komme die Überlegenheit unserer berggewohnten Truppe zur Geltung, während die Angriffsmöglichkeiten je nach Wetter und Jahreszeit eingeschränkt seien. Die Armee könne sich so im Reduit intakt halten und die Unabhängigkeit der Regierung garantieren. Schließlich solle eine derartige Alpenstellung auf einen angriffslüsternden Mächtigen größere abschreckende Wirkung ausüben und damit auch für das Mittelland wirksamsten Schutz bedeuten¹⁾.

Solchen Theorien gegenüber wird beispielsweise im Luzerner «Vaterland» in einer ausgezeichneten Studie mit vollem Recht entgegengehalten:

«Es ist nicht Aufgabe unserer Armee, in der Form eines Partisanenkrieges den Gegner ins Land zu lassen, um ihm Nadelstiche zu versetzen und möglichst

¹⁾ Hans Rüesch: Die andere Konzeption der Landesverteidigung. «St. Galler Tagblatt», Nr. 114, vom 8. März 1950 und Nr. 118, vom 10. März 1950.

zu schädigen. Durch Ausweichen, durch Vermeiden des entschlossenen Kampfes können wir die Zerstörung unseres Landes nicht verhindern. Es ist nicht Aufgabe unserer Armee, sich ins Reduit zu verkriechen, um unter Preisgabe des ganzen Mittellandes vielleicht einen kleinen Teil unserer Freiheit und Unabhängigkeit zu retten. Was wäre das für eine Freiheit und Unabhängigkeit, wenn unser Land, unsere Siedelungen, auch die Arbeitssiedlungen, unsere Frauen, auch die Arbeiterfrauen, vernichtet und geschändet wären, unsere Jugend verschleppt und in Sklavenarbeit verkommen würde? — Es ist doch nicht Aufgabe der Armee, das alles zuzulassen durch freiwilligen und vorsätzlichen Rückzug ins Reduit. Man frage doch einmal unser Volk, unsere Miteidgenossen, unsere Soldaten des Mittellandes, ob sie eine solche Fechtweise unserer Armee wollen oder nicht».

«Es ist heute und in der nächsten Zukunft vielmehr Aufgabe der Armee, durch härtesten und entschlossensten Kampf von der äußersten Grenze weg die Unversehrtheit unseres Landes, unserer Felder, Höfe, Fabriken, Kirchen und Schulen, und zwar jedes einzelnen zu erkämpfen, die Freiheit und Sicherheit jeder Person, vor allem der Frauen, Kinder und Greise, jedes einzelnen Miteidgenossen, zu gewährleisten»²⁾.

Damit die Armee aber diese Aufgabe erfüllen kann, muß sie, wie im «Vaterland» gefordert wird, mit modernen schweren Waffen, Fliegern, Panzern, Panzerabwehr und Fliegerabwehr ausgerüstet und ausgebildet werden.

Im «St. Galler Tagblatt» hat Major Schmidlin «die andere Konzeption» der Landesverteidigung mit militärischen und politischen Argumenten bekämpft³⁾. Er macht darauf aufmerksam, daß das Reduit wohl die Nord-Süd-Achsen durch unser Land zu sperren vermöge, aber überhaupt nicht für den Schutz der West-Ost-Verbindungen taue. «Eine Armee im Reduit verzichtet darum auf einen wichtigen Teil des Neutralitätsschutzes». Damit hat der Verfasser wohl das gewichtigste Argument gegen die Reduit-Konzeption angeführt. Wenn wir von kriegführenden Mächten die Respektierung unserer Neutralität verlangen, dann müssen wir auch den bewaffneten Schutz dieser Neutralität im ganzen Gebiete der Eidgenossenschaft übernehmen. Der Verzicht auf die Verteidigung des Mittellandes würde geradezu die kriegführenden Mächte ermuntern, sich der durch das Mittelland laufenden strategischen Verbindungslinien zu bedienen, und denjenigen begünstigen, der als erster diese Chance ausnützt. Der Verzicht auf eine entscheidende Kampfführung im Mittelland wäre somit gleichbedeutend mit der Aufgabe der Neutralität und der Begünstigung eines Angriffes oder Durchmarsches.

Hier muß auch an die politischen Überlegungen erinnert werden, die den Aufmarschplänen General Dufours 1856—1857, angesichts der Bedrohung Schaffhausens, zugrunde lagen. «Wer an ein Glied der Eidgenossenschaft rührt, rührt an das Ganze; „... notre devoir est de nous porter tous à son secours, comme si nous étions tous individuellement menacés. Agir autrement serait un genre d'egoïsme qui a été plus d'une fois funeste à la Suisse»⁴⁾. Sollte etwa dieser von Dufour verurteilte partikuläre Egoismus auch heute noch da oder dort vorhanden sein? Es ist nämlich allen Ernstes behauptet worden, die Oberwalliser Milizen des Regiments 18 könnten im Verband mit bernischen Truppen und außerhalb des Kantons nie den gleichen Kampfwert entwickeln wie im eigenen Regimentsverband und in den heimatlichen Tälern! «Reißt uns auseinander und die Kraft ist gebrochen» wird in einer

²⁾ Von der Aufgabe unserer Armee. «Vaterland», Luzern, Nr. 39, vom 15. Februar 1950, siehe ferner Nr. 53, 54 und 60. — Vergl. auch «Der Schweizer Soldat», Nr. 13, S. 224, ferner Major Rapp: Comment et où nous défendre si la Suisse était attaquée? «Gazette de Lausanne», 13. April 1950.

³⁾ Major Schmidlin: Landesverteidigung. «St. Galler Tagblatt», 29. März 1950.

⁴⁾ Otto Weiß: General Dufour als Heerführer. Bern 1939, S. 159.

Volkspetition zur Erhaltung des Oberwalliser Regiments 18 gesagt⁵⁾. Hört man nicht, bei aller Anerkennung der positiven Seiten des kantonalen Militärwesens, aus solchen Äußerungen den gefährlichen Unterton eines Partikularismus, für den die Landesverteidigung mehr oder weniger an den Kantonsgrenzen aufzuhören scheint und der vor 150 Jahren in erheblichem Maße zum Untergang der alten Eidgenossenschaft und zur Kriegführung fremder Mächte auf unserem Gebiete geführt hat?

Durch einen Vortrag des Ausbildungschefs, *Oberstkorpskommandant Frick*, vor der Allgemeinen Offiziersgesellschaft Zürich ist nun auch die Auffassung der Landesverteidigungskommission über den Einsatz der Armee und ihre Bewaffnung bekannt geworden⁶⁾. Demnach darf sich unsere Armee keinesfalls auf eine Kampfführung im Reduit allein einstellen, sondern muß in jedem Teil unseres Landes ihre Aufgabe erfüllen können und beweglich sein. *Das verlangt eine Modernisierung der Ausrüstung und insbesondere eine Verstärkung der Panzerabwehr durch schwere, gepanzerte, selbstfahrende Geschütze, also durch Panzer selbst⁷⁾.*

Miles

⁵⁾ «Oltener Tagblatt», 16. März 1950.

⁶⁾ «Neue Zürcher Zeitung», Nr. 713, 1950.

⁷⁾ Laut «N.Z.Z.», Nr. 713, äußerte sich Oberstkorpskommandant Frick wie folgt: «Bei der *Infanterie* als der Hauptwaffe steht . . . die Verstärkung der Panzerabwehr im Vordergrund. Dabei kommt . . . nur das schwere, gepanzerte Geschütz auf Selbstfahrlafette in Frage, also der *Panzer selbst*, der zugleich die unentbehrliche Unterstützung des Angriffs selbst kleinster Verbände ist». Siehe ferner: Grundfragen der Heeres-Reorganisation» von Albert Züblin in der diesjährigen Februarnummer dieser Zeitschrift: «Die Panzerfrage ist die wichtigste Frage der Heeresorganisation» (S. 663) und «Allgemeine Militärzeitschrift», Februarnummer: «Panzer sind mit Erfolg nur durch Panzer zu bekämpfen» (S. 78).

Politwitz

«*Wer ist Dein Vater?*» fragte der Lehrer. «*Der große Stalin*» war die übliche Antwort des Jungen. «*Und Deine Mutter?*» Wiederum erfolgte eine prompte Antwort des Kleinen: «*Die Sowjetunion*». «*Und was möchtest Du gerne werden, wenn Du groß bist?*» fragte der Lehrer weiter. «*Ein Waisenkind*» gab der Junge zur Antwort.

Aus: «Newsweek», New York